

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. September 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate ufw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Werkaufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 104.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Ein Heldenstück des Arbeitgeberverbandes. — Die Spiegelgellen der Scharfmacher (Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen), I.

Volkswirtschaft: Die Feuerung.

Korrespondenzen: Frankfurt a. D. (M.M.). — Jena. — Leipzig. — Mannheim. — Potsdam (M.M.).

Rundschau: Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Gehilfenprüfung. — Zur katholischen Feiertagsfrage in Süddeutschland. — Willkürliche Bemessung der Leistungsfähigkeit durch die Unternehmer. — Christliche Würde vor den gelben Geiern. — Wöllige Sonntagsruhe. — Briefmarkenfeiertage ohne Anzeigen. — Gewerkschaftsrichtern.

Ein Heldenstück des Arbeitgeberverbandes.

Die Sonne bringt es an den Tag! In der vergangenen Woche zweiter Hälfte gewann sie endlich einmal die Oberhand über die Trostlosigkeit der wochenlangen Regengüsse. Als Frau Sonne dann mit warmen Strahlen die griessgrünige Mutter Erde wieder freundlich grüßte — leider nur für kurze Dauer —, da schien neues Leben zu erwachen. Der Mensch und die Natur können nimmer des Lichtes entbehren, den Urquell allen Gedeihens. Die schlechten Keime allerdings entwickeln sich unabhängig von dem Hauptfaktor im Weltall. Lichtscheu, treiben sie im Dunkeln, bis sie eines Tags doch entdeckt werden. Freilich ist es nicht immer leicht, mit dem Entdecken die Unsaat auch gleichzeitig in ihrer Schädlichkeit zu erkennen. Indes mit dem, was an einem der „Ausnahmetage“ der vorigen Woche die Sonne ans Licht brachte, wußte man von vornherein, um was es sich handelt. Nämlich um eine in ihrer ganzen Anlage intellektuell recht beschränkte wie in ihrer Tendenz auf erdentlich niedriger Stufe stehende Denunziation der Tarifgemeinschaft bei dem Reichskanzler durch den Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe.

Aus einem abgelegenen Ort und jedenfalls von einem passiven Mitgliede der Scharfmacherriege stammend, kam uns diese schon vom 5. Juni d. J. datierte, acht Foliosseiten umfassende Petition zugeflogen. Der Absender möge unser Dankes sicher sein. Nicht, daß wir von diesem lichtscheuen Treiben der prädestinierten Petter des Buchdruckgewerbes überhaupt Kenntnis erhielten, sondern daß wir in die Lage versetzt werden, die Art der Tätigkeit dieser Maulwürfe an einem so eklatanten Beispiele beurteilen zu können, macht den Fund der vergangenen Woche in gewissem Sinne für uns wertvoll.

Es ist nicht das erste Mal und wird auch nicht zum letzten Male geschehen sein, daß der Arbeitgeberverband die ichtischen Pfade der Denunziation wandelt. Nicht Broschüren hat diese Gesellschaft bereits herausgebracht. Sie haben nicht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden, wußten aber um so besser die Türen der behördlichen Kanzleien wie die der Ministerien zu erreichen. Einen andern Zweck verfolgt man auch nicht mit diesen Angeberereien und den in diesen Schreibereien wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen: Im höchsten Maße charakteristisch ist es, daß den Reigen der arbeitgeberverbändlerischen Tendenzbroschüren der verstorbene Reichs- und Landtagsabgeordnete Dasbach eröffnete, ein katholischer Geistlicher, und daß den Vortritt bei diesen gewerblichen Maulwürfen von Anfang an eine Person hat, die ein-

mal ein andres Priestergewand getragen hat. Für gewöhnlich hat man bessere Vorstellungen von dem Wirken der Geistlichen, ganz gleich ob aktiv oder a. D. Wer die Petition an den Reichskanzler liest, wird nicht lange im Zweifel sein, daß es sich dabei um ein ganz gewöhnliches Nachwerk handelt, bei dem man nur staunen muß, wie ein Pastor a. D. dabei tätig sein konnte, wie überhaupt Leute, die mitten im Gewerbe stehen, so die Dinge auf den Kopf stellen können.

Aber man weiß es ja von dem Gutenbergbund und den christlichen Gewerkschaften, daß alle die Kreise und Leute, die auf geradem Weg und aus eigener Kraft nichts zu erreichen und nicht emporzukommen vermögen, mit einem Fanatismus zu Werke gehen, der alle moralischen Bedenken totschlägt. Die Waffenbrüderschaft des Arbeitgeberverbandes und des Gutenbergbundes wird nicht nur durch die Verurteilung der Petition auf die gleichfallsrige Broschüre „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse“ offenbar, sondern Inhalt und Tendenz der arbeitgeberverbändlerischen und der bündlerischen Denunziationen zeugen von den nämlichen Absichten und der Anwendung der gleichen Mittel. Und tuft man sich ins Gedächtnis zurück, was die **Zentrumskomitee** **Walter** in diesem Frühjahr im Reichstag, Oswald (christlicher Gewerkschaftsführer) und Walterbach (katholischer Arbeitervereinsmatador) im bayrischen Landtag über den „sozialdemokratischen Buchdruckertarif“, die Förderung der Sozialdemokratie durch denselben, die daraus für Staat und Gesellschaft erwachsenden „Gefahren“ sowie über das „Arbeitsmonopol“ durch den Tarif vom Stapel gelassen haben, dann sehen wir eine Seelenverwandtschaft, wie sie inniger nicht gut möglich ist. Die Denunziationen des Gutenbergbundes — bezeichnend ist, daß die Petition des Arbeitgeberverbandes die nominelle Verfasserschaft des christlichen Gesamtverbandes nicht gelten läßt, sondern diese Schrift in Sperrdruck aus Gehilfenkreisen herrührend nennt — geht inhaltlich so sehr konform mit der arbeitgeberverbändlerischen Angeberei, daß diese Übereinstimmung verblüffen müßte, wenn man die beiden Arten von Maulwürfen gegen die Tarifgemeinschaft nicht schon so gut kennen würde.

Die gedachte Sudelbroschüre des Gutenbergbundes war ein gehöriger Schlag ins Wasser. Den deutschen Reichskanzler glauben wir von dem wüsten Scharfmachergeschrei unserer Lage trogalle dem noch nicht so umfassen, daß er der sogenannten Petition des Arbeitgeberverbandes nicht ohne weiteres anmerken würde, wie stark hier den Tatsachen Gewalt angetan wird. Die Reichsregierung wird von großindustrieller und arbeiterfeindlicher Seite überhaupt seit Jahr und Tag hart bedrängt, gegen die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen der Arbeiter vorzugehen. Am liebsten möchte man wieder in eine Era der Ausnahme-gesetzgebung gegen die Arbeiterschaft hineinsteuern. Jedoch deutet das Bögen der verantwortlichen Stellen im Reich darauf hin, daß man diesen Preisfechtern der „Wahrheit“. Koalitionsfreiheit nicht recht traut. Sie sind zu oft schon als skrupellose Koalitionsrechtsfeinde entlarvt und der in dieser Kreisen fortgesetzt praktizierte Terrorismus ist von objektiven Leuten längst schon erkannt und als das gewalttätigste in dieser Beziehung bezeichnet worden.

In welcher Weise von Unternehmerverbänden häufig gegen Andersgefinnte vorgegangen wird, wie hier der wirtschaftlich Stärkere den Schwächeren buchstäblich an die Wand drückt, das wurde in den letzter erschienenen Nummern des „Korr.“ an einer ganzen Reihe von Beispielen gezeigt. Wenn auch die Arbeiterschaft keinen Anlaß hat zu der Hoffnung, die Reichsregierung werde der jetzt mit Hochdruck betriebenen Scharfmacherei nach mehr Arbeitswilligenschutz sowie Einschränkung der Koalitionsfreiheit die notwendige Festigkeit entgegensetzen, sie sich vielmehr über zu große Nachgiebigkeit gegenüber solchen Einflüssen beklagen muß, so erscheint es doch aus den schon erwähnten Gründen ausgeschlossen, daß die verbündeten Regierungen und der Reichstag sich völlig willfährig diesem wütenden Ansturm ergeben. Denn das wäre doch eine heizende Satire auf den Rechtsstaat, der Deutschland gerade nach den Versicherungen der Regierungsmänner sein soll.

Gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker einzuschreiten, wie es die „Petition“ des Arbeitgeberverbandes verlangt, hieße vollends das Recht vergewaltigen. Wie in unserm Gewerbegesetz das Recht als oberster Grundsatz anerkannt und die Beside Teile stipuliert ist, kann sogar als Vorbild dienen. Und wie hier die Koalitionsfreiheit für Unternehmer wie für Arbeiter zu praktischem Ausdruck kommt, daran sollten sich alle die ein Beispiel nehmen, die aus gewiß nicht den besten Instinkten Himmel und Hölle gegen unsere Tarifgemeinschaft in Bewegung setzen möchten.

Außerlich präsentiert sich diese Petition ebenso unvorteilhaft wie ihrem Inhalte nach. Es muß mit der herstellenden Arbeitgeberverbandsfirma nicht weit her sein, wenn man mit einer so einfachen Druckfahne nicht einmal technisch einen anständigen Eindruck zu machen versteht. Der gleich in der Rede vorkommende Name des Reichskanzlers ist falsch wiedergegeben. Statt von einer Förderung der Sozialdemokratie ist an einer Stelle von einer Beförderung derselben die Rede! Die Unterschrift würde ein Beirung in den ersten Wochen seiner Buchdruckerlaufbahn auch nicht schlechter geseht haben. Das ganze Nachwerk läßt also schon technisch die nötigen Schlüsse auf seine Urheber zu.

Der Arbeitgeberverband hat mit seinem neuesten Heldenstück aber auch eine Dreistigkeit bewiesen, die erstaunen macht. Gleich dem Gutenbergbunde heulmeiert er dem Reichskanzler über seinen winzigen Mitgliederbestand — „noch nicht ganz 200 Firmen“ — vor, daß daran nur die „Tarifleitung“ und der „sozialdemokratische“ Gehilfenverband die Schuld tragen. Diese „Gewalttherrschafft“ verhindere den Beitritt vieler anderer Prinzipale. Fort und fort kämen von allen Seiten Anerkennungs- und Ermunterungsschreiben, deren Tentor lautete:

Wir können und dürfen uns auch nicht anschließen denn wenn die Verbandsgehilfen es erfahren dann droht uns der partielle Streit, und wir sind ruinierte Leute. Das ist saftiger Schwindel, gepaart mit feiger Verleumdung. Der „Korr.“ hat im Laufe der Jahre und zuletzt in Nr. 23 von 1912 bei der Wiedergabe von ihm zugänglich gemachten Zirkularen die Namen der Vorstandsmitglieder mit aufgeführt, ohne daß nur in einem Falle daraus sich für die Genannten Konsequenzen ergeben hätten. Wiedel

weniger für ein simples Mitglied dieser Gilde. Von dem freit- und kraftesfüchtigen Vorsitzenden Billeßen, einem ehemaligen Pastor, wird ganz tatsachenwidrig in der Petition behauptet, daß er das Opfer der sogenannten Gewaltherrschaft in der Tarifgemeinschaft und des Verbandes geworden sei. Dieser gottesfürchtige Mann, der in der Petition vom Reichskanzler verlangt, daß „die von der Reichsgewerbeordnung gewollte Koalitionsfreiheit“ auch durch den Buchdruckertarif „in vollem Umfange gewahrt“ werde, hat vor nun vier Jahren in der Praxis gezeigt, wie sich in scharfmacherischen Köpfen die „richtige“ Koalitionsfreiheit malt. Nach scharfmacherischer Auslegung — die Petition spricht immer von einer solchen im sozialdemokratischen Sinn — ist die „notwendige freie Bewegung“, die Erfüllung der „nationalen Pflicht“ — NB. laut Petition: den Umsturz zu bekämpfen wie national- und monarchisch gesinnt bis auf den letzten Gembdenknopf zu sein! — und sind die „staatsbürgerlichen Rechte“ dem Prinzipale nur dann gegeben, wenn er nach Billeßen's Muster die Verbandsmitglieder hinauskwirft. Die arbeitgeberverbändlerischen Vereinigten Buch- und Kunstdruckere G. m. b. H. in Berlin haben im vergangenen Monat, etwa zwei Wochen nach dem Vorfalle vor dem Reichskanzler, vom neuen gezeigt, daß Koalitionsfreiheit im Sinne der Petenten Koalitionsrechtsraub nach allgemeinen Begriffen ist. Augencheinlich ist diese zweifellos ganz hervorragende Beschützerin der Koalitionsfreiheit „im vollen Umfange“ identisch mit der Ende Dezember 1907 aus dem Verzeichnisse der Tarifdruckereien gestrichenen Firma Vereinigte Buch- und Kunstdruckereien in Fürstenwalde, deren Inhaber Franz Jänisch Mitglied des Arbeitgeberverbandes war und sich in Offertenbriefen stets den für arbeitgeberverbändlerische Rechtsbegriffe gravierenden Satz leistete: „Da ich Mitglied des Arbeitgeberverbandes bin, stelle ich Verbändler nicht ein.“ Die Firma Struck in Straßund, deren Träger dem Vorstande der tariflichen Freiheitlichen angehört, verlangte gar von ihren Gehilfen Austritt aus dem Verband oder dem Gutenbergbunde. Solche Leute sammelten also den Reichskanzler an über den „schärfsten Terrorismus“, dem sie durch die Tarifgemeinschaft unterliegen! Die reden von einer „gewalttätigen Beeinträchtigung der Freiheit und der Rechte der Staatsbürger“ durch den Verband und die Tarifgemeinschaft!!

Es fällt ja nicht einem einzigen Gehilfen, geschweige dem Verbands nur im Traum ein, mit einem Prinzipale wegen seiner Organisationszugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit Auseinandersetzungen zu pflegen oder daraus ein bestimmtes Verhalten einzunehmen. Nein, was jetzt im Tarif endlich als Gewährleistung und Schutz der Koalitionsfreiheit Aufnahme gefunden und als solcher auch durch die dritte Marginalie auf S. 19 hervorgehoben ist nämlich die Bestimmung des § 10 Abs. 2:

Die Kondition und deren Dauer darf nicht von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder Klasse abhängig gemacht werden, ist im übertägigen Sinne gehilfenseitig den Prinzipalen gegenüber von jeher gehandhabt worden — nicht aber umgekehrt! Niemand im Verbands hat Unterschiede gemacht zwischen Prinzipalen, die dem Deutschen Buchdruckerverein angehören, und solchen, die ihm fernstehen. Was allein bestimmend ist für Annahme oder Ablehnung einer Kondition, für die Haltung der Gehilfenorganisation einer Firma gegenüber, ist das tarifliche Glaubensbekenntnis und die Sorge, daß dieses auch praktischen Ausdruck findet und nicht etwa nur den Wert eines papiernen Taufscheins hat.

An die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverbande stößt sich kein Verbandsmitglied, wenn der betreffende Prinzipal den Tarif anerkennt und seinen tariflichen Pflichten nachkommt, wie es sich gehört. Aber in diesem Punkte sind die Herren Arbeitgeberverbändler sterblich! Wenn in der Petition von Billeßen und Genossen versichert wird, ihr Kampfe nicht dem Tarif als solchem, sondern der Tarifleitung — das Stammwort hat man spationieren lassen —, so bezeichnen wir das als nackten Schwindel und erklären: Der Arbeitgeberverband

tritt nur deshalb mit dem Verzeichnisse seiner Mitglieder nicht heraus, weil unter den 180 Firmen eine ganze Anzahl von Tarifignoranten sich befindet! So viel, daß man sich scheußlich blamieren würde in der Öffentlichkeit. Ein Tarif könnte geartet sein, wie er wolle, der Arbeitgeberverband würde stets Angriffswaffen gegen ihn finden, weil eben seine Tendenz tarifgemeinschaftsfeindlich ist. Darin begegnet er sich mit dem Gutenbergbunde. Wie dieser in früheren Jahren ein arger Tariflinder war und nur mit der Zeit durch die immer mehr sich ausbreitende Tarifgemeinschaft bei ihm eine allmähliche Besserung erzielt werden konnte, so würde der Arbeitgeberverband in puncto Tarif ein abschredendes Beispiel bieten, wenn er nicht erst vor fünf Jahren gegründet worden wäre. Im Demunzieren wie in der „Tarifsehrlichkeit“ sind beide aber einander würdig.

Was sich zu dem Arbeitgeberverbande von den Prinzipalen hingezogen fühlte, ihm in feiger Gedanken hänglichem Schwanen jedoch praktisch fernbleibt, ist ebenso „tarifsehrlich“ wie die genannten beiden Verbündeten. Der Arbeitgeberverband belügt sich aber selbst, wenn er sagt, dieses Fernstehen einerseits und die Sympathiebekundungen andererseits wären gerade als Ausflüsse der Gewaltherrschaft der Tarifleitung und des Verbandes im besondern zu verstehen. Nein, Furcht vor dem Verband ist es sicher nicht, was diese vom Herrenstandpunkte gewiß auch nicht wenig angekränkelten Prinzipale abhält, dem Arbeitgeberverband als Mitglieder beizutreten.

Der bis zum Wahnsinne gesteigerte Fanatismus der Arbeitgeberverbandsleute ist es vielmehr, der jene von einer näheren Verbindung mit diesen zurückhält. Die Skrupellosigkeit, mit der unter Führung eines Gottesmannes alles heruntergerissen wird und zertrampelt werden soll, ist denn doch nicht nach dem Geschnack eines jeden Prinzipals, der Tarifgemeinschaftsmußpreise oder tarifmüde geworden ist. Daher die lächerlich geringe Mitgliederzahl von 180! Daß sie trotz der unerkennbaren Zuspitzung der Verhältnisse im Gewerbe in den letzten drei Jahren nicht größer ward, ist sicherlich ein scharfes Urteil über den Arbeitgeberverband. Dieser hat mit allen Mitteln seinen Mitgliederstand zu heben getrachtet. Die Aktien müßten für den Arbeitgeberverband eigentlich sehr günstig stehen. Aber anstatt des sehnlichst erhofften und mit heißem Bemühen angestrebten Zuwachses stagniert die Firma Billeßen & Co. vollständig und teilt auch darin das Schicksal des Gutenbergbundes. Dort wie hier richtet die verwerfliche Kampfweise eine Scheidewand zwischen den Seelenverwandten und den positiven Anhängern auf. Im Dezember 1910 übermittelte der „Porr.“ ein Geheimzirkular des Arbeitgeberverbandes der Öffentlichkeit, woraus sich zunächst eine finanziell schwierige Lage der organisierten Außenseiter ergab, zum andern aber ersichtlich wurde, mit welchen Mitteln auf eine Erhöhung der Mitgliederzahl hingearbeitet werden sollte. Danach können auch Mitinhaber, frühere Druckereibesitzer und sogar Produzenten die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband erwerben. Die platonisch Liebenden werden als unterstützende Firmen geführt. Wenn nun die Einräumung solcher Möglichkeiten sowie die Proklamierung des Grundsatzes der Moral mit doppeltem Boden noch nicht einmal die Mitgliederzahl 200 erreichen ließ, dann erblickt doch daraus, daß dem Arbeitgeberverbande die moralische Anziehungskraft gänzlich abgeht. Da kann aber auch der Reichskanzler nicht helfen, wie auch keine Behörde den großen Schmerz des Gutenbergbundes stillen oder zu lindern imstande ist, daß die Gehilfen ihm aus Gründen der Reinlichkeit fernbleiben. Nicht die „Monopolwirtschaft“ in der Tarifgemeinschaft ist dem Gutenbergbund abträglich, wie ebensowenig der § 10 Abs. 1—3 dem Arbeitgeberverbande den Zugang unterbindet.

Ist es nicht eine Annäherung sondergleichen, um nicht Frechheit zu sagen, wenn 180 Außenseiter, mit denen kein anständiger Mensch im Gewerbe etwas zu tun haben will, dem obersten Beamten des Deutschen Reichs quasi namens der

8045 resp. 9660 Druckfirmen (einschl. der Buch- und Steindruckereien) mit allgemeinen Beschwerden in den Ohren liegen wie dem Hinweise:

Wie traurig und bedenklich sich für die Prinzipale die Lage im Buchdruckergewerbe, zumal im Blick auf den unausbleiblich heranrühenden schweren Entscheidungskampf gestaltet hat.

Die Friedensengel, die hier zum Worte kommen, sind auch böse Deutschverderber. Die traurige und bedenkliche Lage, die durch die arbeitgeberverbändlerische Brille für alle 10000 Prinzipale erblickt wird, in Wirklichkeit aber nicht einmal für einen einzigen der 180 Arbeitgeberverbändler besteht, wird in der behaupteten völligen Auslieferung des Buchdruckergewerbes an die Sozialdemokratie und der ebenso kräftig geschwindelten Notmäßigkeit der Tarifgemeinschaft unter diese politische Partei gesehen. Für diese Absurditäten erbringt die Petition folgenden närrischen Nachweis:

Alle der Tarifgemeinschaft angehörenden Prinzipale sind (zufolge § 10, 1, 2, 3) gezwungen, ihre Offizinen der Sozialdemokratie zu öffnen, und sie müssen die Agitation der Verbandsgehilfen in ihren Offizinen, durch welche namentlich auch die heranwachsende Jugend für die Sozialdemokratie gewonnen wird, ruhig gewähren lassen. Die national- und monarchisch gesinnten Buchdruckereibesitzer fühlen sich natürlich verpflichtet, dem Geiste des Umsturzes, so viel sie nur können, entgegenzuarbeiten. Die Tarifgemeinschaft macht ihnen die Erfüllung dieser ihrer nationalen Pflicht zur Unmöglichkeit. Sie dürfen nach der Organisationszugehörigkeit ihrer Gehilfen nicht fragen, und das Damoklesschwert der „Wahreglung“ hängt beständig über ihrem Haupt und fällt auf sie herab, sobald sie auch nur den Versuch machen, einen zum Verbands gehörigen sozialdemokratischen Agitator aus ihrer Offizin zu entfernen.

Soll man es für möglich halten, daß solch heillosen Unsinn dem Reichskanzler als eine bitterernste Sache unterbreitet wird? Was ist mehr ausgeprägt bei den Verfassern dieser blöden Schreiberei: der geistige oder ein anderer Defekt? Aber auch dieses unglaubliche Zeug — es kommt noch unglaublicher! — hat eine heitere Seite. Der in dem dann folgenden Absätze vom Kronzeugen wider den § 10 des Tarifs ausgeäuerte Gutenbergbund hat nämlich im „Porr.“ den im § 10 ausgeprochenen Satz: „Koalitionsfreiheit nach den vorjährigen Tarifverhandlungen als einen Fortschritt gepriesen, mit dem gerade er als Sonderorganisation zufrieden sein könne!

Der § 10 des Tarifs soll in seinen Absätzen 1—3 nach arbeitgeberverbändlerischer Logik aber gar den § 41 der Reichsgewerbeordnung, der nicht nur den Gehilfen, sondern auch den Prinzipalen das „Recht des freien Arbeitsvertrags“ zuerkennt, illusorisch machen. Der Arbeitgeberverband verlangt daher von dem Reichskanzler, daß diese reichsgesetzliche Bestimmung „auch innerhalb der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker Gültigkeit hat“. Was besagt denn der § 41 der Gewerbeordnung? Wir lassen den in Betracht kommenden ersten Absatz hier im Wortlaute folgen:

Die Befugnis zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes begriff das Recht in sich, in beliebiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art und, soweit die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehen, Lehrlinge anzunehmen. In der Wahl des Arbeits- und Hilfspersonals finden keine andern Beschränkungen statt als die durch das gegenwärtige Gesetz festgestellten.

In der Petition wird es nun zweimal fertig gebracht, einmal durch Zitterung das andre Mal durch Umschreibung, nur den letzten Satz auszuspielen. Daß derselbe nur im Zusammenhange mit dem vorausgehenden Passus verstanden werden kann, zu diesem eine Ergänzung, niemals jedoch eine abstrakte Bestimmung ist, also etwas ganz andres besagt als arbeitgeberverbändlerische Sophistik daraus macht, diese dreiste Täuschung wird in der Reichskanzlei wohl sofort entdeckt sein. Dort weiß man, daß nur der die Koalitionsfreiheit aussprechende § 152 der Gewerbeordnung in Betracht kommen kann, von dem jedoch in der ganzen Petition nicht mit einem Worte die Rede ist. Man weiß sehr wohl, warum. Denn danach folgt der § 153, mit dem Koalitionsrechtsraubern zu Leibe gegangen werden kann. Also auch gewissen Arbeitgeberverbändlern!

Die Spießgesellen der Scharfmacher.

(Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen.)

Es macht sich einmal wieder notwendig, den falschen Ausstreuungen, grundlosen Verdächtigungen und schamlosen Verleumdungen über unsere Organisation, mit denen der Moniteur des Gutenbergbundes allwöchentlich seine enge Welt ergötzt, anstatt die in diese Gehilfenvereinerung Verirrten mit den strittigen Tagesfragen bekannt zu machen und sie über die bedenklichen Erscheinungen der Zeit aufzuklären, im Verbandsinteresse entgegenzutreten. Wenn diese gar unchristlichen Machenschaften des „christlichen“ Gutenbergbundes nur für den kleinen Leserkreis des „Typograph“ bestimmt wären, könnten wir diese Lügen sich zu Bergen häufen lassen. Da die gelbe Garnison der Buchdrucker jedoch seit etwa sechs Jahren das christlich-gewerkschaftliche Glaubensbekenntnis angenommen hat — es ist bekannt, daß man sich erst hirschwunderlich taufen lassen wollte —, so steht dem Gutenbergbund auch der Pressapparat der christlichen Organisationen zur Verfügung. Von dieser Einrichtung macht seine Leitung einen so ergiebigen Gebrauch, daß der Gedanke nahe liegt, der „Typ.“ wird nur deshalb mit solch widerwärtigen Zeugnissen gesättigt, um mittels der christlichen Gewerkschaftsforresponder diesen Irrtum mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. Die sogenannte öffentliche Meinung soll durch die Zentrums- und die christliche Gewerkschaftspressen mit Gewalt ein Jerschbild von den Zuständen im Buchdruckgewerbe, in der Tarifgemeinschaft und ganz besonders über unsern Verband erhalten. Was da zusammengeklögelt wird, ist himmelschreiend — aber christlich! Es dürfte einleuchtend, daß der „Korr.“ als das Sprachrohr der Organisation dazu nicht immer schweigen kann. Man wird uns zugestehen müssen, daß die Versicherung, nur im äußersten Fall uns mit diesen Schmutzereien zu befassen, respektiert worden ist. Aus Rücksicht ist zu entnehmen, daß man sich so weitgehend unsre Reserve gar nicht gedacht hat. Also wenn nun den Spießgesellen der Scharfmacher wieder einmal auf das gestiegen wird, dann zwingt die Notwendigkeit dazu, der in der Öffentlichkeit von der getrennten Presse unternommenen Brunnenvergiftung entgegenzuwirken. Da sie vom Gutenbergbund und seinem Organ ausgeht, müssen wir notgedrungen selbst in die unsauberen Winkel greifen.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen.

Im Leitartikel dieser Nummer wird eine Parallele gezogen zwischen Arbeitgeberverband und Gutenbergbund. Daß beiden ein großer Adel der Gesinnung eigen ist und von einer förmlichen Waffenbrüderschaft zwischen diesen zwei Sonderorganisationen und im weitesten mit dem Gutenbergbund als Adopтивater dienenden christlichen Verbänden gesprochen werden kann, sei hier folgend an einigen Auslassungen darzulegen, die von diesen Treuerbündeten beliebige denunziatorische Vorwürfe gegen die Tarifgemeinschaft und unsern Verband.

Aus der vom Hauptvorstande des Gutenbergbundes auf unsre Artikelserie „Gegen Tarifgemeinschaft und Verband“ zu Anfang Mai 1912 herausgegebenen Broschüre „Zum Kampf ums Recht in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft“ (Abdruck zweier Artikel des „Typograph“) seien folgende Stellen herausgehoben:

Neben dem Bergbau, der Metallindustrie und dem öffentlichen Verkehrsweien dürfte das Buchdruckgewerbe das öffentliche Interesse am meisten verdienen. Es ist von großer Bedeutung für Reich, Staat und Gemeinde, für die Geschäftswelt, Handel und Verkehr, für das Vereins- und Privatleben. Das Buchdruckgewerbe ist dazu ein ziemlich umfangreiches Gewerbe, zu dessen Angestellten man das größte Vertrauen haben muß.

So gut der „Korr.“ die Staatsregierungen an ihre Pflichten erinnert, die tarifgemeinschaftlichen Bestrebungen zu unterstützen . . . , so gut muß er ihnen auch das Recht zugestehen, bei diesen tariflichen Einrichtungen nach dem Rechte zu sehen. Er wird sich durch die Tatsachen auch damit abfinden haben.

Sollte es den sozialdemokratischen Verband gelüsten, weiter die Öffentlichkeit irre zu führen, dann werden wir den Vorhang weiter lüften. . . . Und wenn man sieht, daß der Verband nicht durch gute Worte von seinem falschen Weg abzubringen ist, dann müssen andre Mittel angewandt werden.

Ein Winder kann es hier mit dem Strickstock fühlen, daß nicht nur die öffentliche Meinung irreführt, sondern auch die Behörden scharf gemacht werden sollen, etwas gegen die „Mißstände“ in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zu unternehmen. Es war hübsch von der „Zeitschrift“, als sie im März d. J. den von zwei Enden aus arbeitenden Maulwürfen ironisch bemerkte, daß das „Allgemeininteresse“ bei ihnen zu allem möglichsten gehalten müsse, um nach außen den Eindruck zu erwecken, daß „ein Eingreifen gewisser höherer Mächte notwendig sei“. Die unsrer Meinung nach aber gar nicht wissen würden, wie sie eingreifen sollten, denn nur nach Ansicht der Leute mit schlechten Absichten ist unsrer Tarifgemeinschaft etwas anzuhängen.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ vermag ebensowenig nach christlichen Grundsätzen zu handeln, sondern denunziert gleich nach den Tarifverhandlungen so munter drauf los, daß es fast scheint, der Arbeitgeberverband hätte mit seiner Petition erst daraus gelernt. Es wird da gesagt, durch den

Druck der öffentlichen Meinung müsse „den primitivsten Forderungen der Gerechtigkeit“ in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker nachgeholfen werden. In welcher Richtung das zu geschehen hätte, geht aus folgendem hervor:

In den Zuständen im Buchdruckgewerbe ist die Öffentlichkeit mehr interessiert als an den Vorgängen in irgend einem andern Berufe. Durch die Zeitungen wird die Öffentlichkeit weitgehend beeinflusst. Reich, Staat und Kommunen lassen ihre Druckfahnen in Druckereien herstellen, die einen sozialdemokratischen Verband nicht nur großgepöppelt haben, sondern ihm den Nachwuchs gleichsam mit Gewalt zutreiben. Behörden vergeben vielfach nur an Druckereien ihre Aufträge, die den Tarif anerkennen haben, der die christlich-nationale Organisation fast vollständig ausschaltet. Bei Krankenkassen, Gewerbegerichts-, Kommunalwahlen, besonders bei Landtags- und Reichstagswahlen wird es der Öffentlichkeit, der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht egal sein können, ob es nur einen sozialdemokratischen Buchdruckerverband gibt. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß Flugblätter eher in Händen der sozialdemokratischen Agitatoren waren, als in Händen ihrer Auftraggeber. . . .

Das Zentralorgan der Christlichen hat auseinander schon im Oktober v. J. das Ministerium Hertling in Bayern vorausgeahnt. Wie der Lauf der Dinge inzwischen gezeigt hat, wachien aber selbst bei einer solchen politischen Konstellation die Zentrumsbäume nicht in den Himmel.

Zu Anfang November fand in Essen eine Arbeiter-versammlung statt, in der Stegerwald, der Generalsekretär des christlichen „Wirtschaftsfriedlichen“, über „Die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe nach der letzten Tarifrevision vom Standpunkt einer gesunden Tarifpolitik und des allgemeinen öffentlichen Interesses“ sprach. Diese nahm eine Resolution an, die nachstehende bezeichnende Sätze enthält:

In der Tarifgemeinschaft für Deutschlands Buchdrucker haben sich Verhältnisse herausgebildet, die nicht mehr als berufliche, sondern als öffentliche Angelegenheiten anzusehen sind.

Das Interesse des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in der bezeichneten Frage steht in kräftigstem Gegensatz zu den Interessen der breitesten Öffentlichkeit. Diese muß aus politischen, nationalen und ethischen Gründen wünschen, daß ein so wichtiges Gewerbe wie das Buchdruckgewerbe nicht der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird. Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß nach entsprechender Aufklärung die öffentliche Meinung sich stark genug erweist, die Beseitigung solch unhaltbarer Zustände zu erwirken.

Diese niedliche Resolution ist als Vorwort der berühmten Broschüre „Buchdrucker-Tarif und öffentliche Interessen“ vorausgestellt; zu der das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften nicht viel mehr als den Text des Umschlages und die Einleitung, Treffer aber das „treffliche“ Material geliefert hat, wie im „Typ.“ von ihm verblüht eingestanden wurde. In dieser Broschüre, die eine unerhörte Einmischung Fernstehender in die Angelegenheiten der Buchdrucker ist, löst eine Denunziation die andre und eine grobe Täuschung weitere Beschuldigungen der Öffentlichkeit ab. Wir greifen nur den vielsagenden Satz heraus:

Das Interesse der Öffentlichkeit an der Gestaltung der Dinge im Buchdruckgewerbe ist durch die gekennzeichneten Strömungen mehr als hinlänglich begründet. Die Zustände in der Tarifgemeinschaft selbst fordern das Eingreifen der Öffentlichkeit geradezu heraus.

Redakteur Jooß von der rühmlichst bekannten „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ setzte am 2. Mai d. J. in einer öffentlichen christlichen Arbeiterversammlung zu Münster ebenfalls die Waage vom Buchdrucker-Tarif und dem öffentlichen Interesse in Gang. Aus dem Versammlungsjettel war schon die Grundmelodie des Vortrags herauszuhören, nämlich so:

Alle Volkstreuere sind Abnehmer der Produkte des Buchdruckgewerks. Dasselbe nimmt auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens eine einflussreiche Stellung ein, und da kann es der Allgemeinheit nicht gleichgültig sein, ob eine Gehilfenorganisation mit ihren Bestrebungen, sich das Tarifmonopol und damit das alleinige Recht auf Arbeit im Gewerbe für ihre Mitglieder zu sichern, ihr Ziel erreicht. Sie würde gleichzeitig dadurch den Gehilfen einer andern Organisation jede Arbeitsmöglichkeit nehmen und in den Stand setzen, bei politischen Vorgängen die Haltung der Presse gegen den Willen eines großen Teils der interessierten Staatsbürger zu beeinflussen sowie von ihrem Willen abhängig zu machen. Es gilt, die Aufmerksamkeit aller Volkstreuere auf die Vorgänge im Buchdruckgewerbe zu lenken.

Das von dem alleinigen Recht auf Arbeit und der Abschneidung jeder Arbeitsmöglichkeit für die Mitglieder einer andern Organisation unsres Gewerbes ist so starker Schwund, daß man nicht nur den Mut, sondern auch die Christlichkeit des Streibenden bewundern muß, der das schreiben konnte. Die Zustände bei uns sind nämlich derart „haarträubend“, „himmelschreiend“ und so „unhaltbar“, daß die etwas über 3000 Mitglieder des Gutenbergbundes aus für jeden Kenner der Verhältnisse bekannten Gründen immer schon mehr Arbeitsstellen geholt haben als die Verbandsmitglieder. Unsrer Organisation hat nachweislich stets einen nicht unwesentlichen höheren Prozentfuß an Arbeitslosen. Das ist vom „Typ.“

auch oft genug mit einer bestimmten Absicht verbreitet worden. Gutenbergbund und christliche Gewerkschaftsleute lügen aber trotzdem ihre Kreise oder die Öffentlichkeit wie geschilbert an.

Es ist gewiß eine wunderbare Seelenharmonie, wenn in der Petition des Arbeitgeberverbandes all diese Anrufungen „gewisser höherer Mächte“ und das fast pervers zu nennende Herausfordern der — entschuldig belogenen — öffentlichen Meinung einen Niedererschlag gefunden haben, der sich in Worten also ausnimmt:

Sind das nicht wahrhaft haarträubende Zustände? Und erfordern sie nicht gebieterisch das Eingreifen der Reichsregierung? Ist der Staat nicht verpflichtet, für Anerkennung und Durchführung der von ihm gegebenen Gesetze Sorge zu tragen?

Daß das Buchdruckgewerbe von gleich großer Bedeutung ist (wie der öffentliche Verkehr. Red.), steht außer Frage. Man kann ohne Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr leben. Auch liegen Börse, Handel, Industrie usw. sofort vollständig danieder, und dem Vaterlande broht nach allen Richtungen hin die größte Gefahr, zumal in Zeiten eines Kriegs oder sonstiger politischer Wirren, wenn im Buchdruckgewerbe ein allgemeiner Streik ausbricht und nur die sozialdemokratischen Buchdruckereien noch Zeitungen und Druckfahnen herstellen können.

Das ist ganz starker Tabak, der hier dem Reichskanzler verabreicht wird. Nicht der „sozialdemokratische“ Verband war es, der im vergangenen Jahre die Gefahr eines allgemeinen Streiks heraufbeschworen hatte, sondern dem Petenten mehr oder weniger nahebestehende Kreise unsres Gewerbes und sogar ihm strikt abgeneigte Zeitungsverleger hatten diese nationale Gefahr ganz nahe gerückt. Die Klüftungen waren so weit gegeben, daß die in der Petition als recht bedrohlich erwähnten Eventualitäten gegeben gewesen wären, wenn der „sozialdemokratische“ Verband nicht im kritischsten Moment einen taktischen Schachzug getan und dadurch die förmlich provozierenden Vorbereitungen zu einem allgemeinen Streik überflüssig gemacht hätte. Gerade die scharfmacherischen Prinzipale — wir erinnern nur an den markanten Ausspruch des Herrn Jensen in Köln — haben diese Wendung der Dinge lebhaft bedauert. Die wirklichen Friedensförderer sind also sehr identisch mit den Leuten, die Geldstücke wie die „Petition“ von Jülissen und Genossen und Denunziationen wie die der zusammengehenden Gewerkschaftschriften, hündlerischen oder arbeitgeberverbändlerischen Scharfmacher fertig bringen.

Es ist ein Trauerpiel der Bosheit, daß die gleichen Brüder aufführen. Der Gutenbergbund übrigens auch nicht zum ersten Male, denn er hat Broschüren und Flugblätter von gleicher Tendenz schon viele in die Welt gesetzt. Diese illustre Gesellschaft wird von denkenden und objektiven Menschen gebührend eingeschätzt werden. Das schredliche Operieren in dem sozialdemokratischen Popanz macht ihre Handlungen nur noch dem Reichswahrheitsverbande gleichwertig — gleichwertig in der Unanständigkeit.

Volkswirtschaft.

Die Teuerung.

Steter Tropfen höhlt den Stein! Diese alte und ewig wahre Naturerfahrung bewahrheitet sich auch bei der gegenwärtigen aktiven und passiven Protestbewegung der arbeitenden Bevölkerung gegen die herrschende Teuerung. Von Monat zu Monat steigerte sich in letzter Zeit die Last, die der erdrückenden Mehrheit des Volkes auferlegt wurde, damit sie nur die notwendigen Lebensmittel erhalten konnte. Und jetzt ist es wieder einmal so weit, daß der Gebuldsfaben allenthalben gerissen ist und aus allen Teilen des Deutschen Reichs, aus Großstadt wie Provinz energische Proteste gegen die herrschende Wirtschaftspolitik an die Adresse der Regierung gerichtet werden. Daß es so kommen mußte, ist den Lesern des „Korr.“ nicht unverständlich. Jeder fühlt selbst den Druck der Verhältnisse auf seinen Geldbeutel, und die Ursachen davon haben wir getreulich Zug um Zug im „Korr.“ an dieser Stelle nach Möglichkeit geschilbert.

Darum glauben wir auch bei unsrer jetzigen Betrachtung über die Teuerung darauf verzichten zu können, das unfreundliche Wirtschaftsbild in allen Einzelheiten zu zeigen. Wenige Schlaglichter dürften zur Orientierung und richtigen Schlussfolgerung vollauf genügen. Sehen wir uns zunächst unsre ständigen Monatsberichte an. Sie beweisen mit harten Zahlen, was Worte nur beschreiben können. Nach den Berichten aus 192 Orten errechnet der Herausgeber der „Monatlichen überflüchten über Lebensmittelpreise“ für den Juli 1912 eine Reichsindexziffer von 26,10 Mt. Es ist somit die Standardziffer der Lebensmittelpreise (nach der dreifachen Nation eines deutschen Seesoldaten) gegen den Vormonat abermals um 25 Pf. gestiegen. Die Entwicklung der Lebensmittelpreise nach dieser noch von keiner Seite besonders bemängelten Grundrechnung stellt sich für die einzelnen Monate des laufenden und für die Parallelmonate des vorigen Jahres folgendermaßen dar:

	1912 Mt.	1911 Mt.	Mehr 1912 Proz.
Januar	24,60	23,50	5,0
Februar	24,83	23,61	5,1
März	25,18	23,00	6,4
April	25,74	21,80	8,1
Mai	25,52	21,72	7,6
Juni	25,85	23,97	7,8
Juli	26,10	24,37	7,2

Die Preissteigerung seit Beginn des laufenden Jahres beträgt demnach 5,7 und seit Anfang 1911 sogar 11 Proz. über dem Reichsdurchschnitt von 26,10 Mt. im Juli d. J. standen jedoch die Indexziffern in Elsaß-Lothringen mit 27,72 (Mülhausen 28,68), in Baden mit 27,64 (Konstanz 30,18), im Rheinland mit 27,09 (Krefeld 28,68), in der Provinz Sachsen mit 26,75 (Halle a. S. 27,57), in Anhalt mit 26,64 (Bernburg 28,41), in den thüringischen Staaten mit 26,63 (Jena und Weimar 27,51), in Brandenburg mit 26,45 (Spandau 28,23), in Bayern mit 26,39 (Regensburg 28,08) und in Posen mit 26,12 (Gnesen 27,96). Im Jahre 1896 ergab sich nach der gleichen Berechnung eine Reichsindexziffer von nur 18,99, im Jahre 1900 eine solche von 20,17, im Jahre 1911 stellte sie sich auf 24,18 und für das erste Halbjahr 1912 ist sie mit 25,30 in Anhalt zu bringen. Mittin sind die Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwandes für eine vierköpfige Familie seit 1896 um 6,31 Mt. oder um 33,2 Proz. gestiegen. Für einzelne Landesteile, nach preussischen Provinzen oder einzelnen Bundesstaaten gesondert, ergibt sich seit dem Jahre 1900 eine Steigerung der Indexziffer, d. h. der durchschnittlichen Gesamtkosten von:

2400 Gramm Rindfleisch	9000 Gramm Kartoffeln
2250 " Schweinefleisch	15750 " Brot
2400 " Hammelfleisch	1365 " Butter
450 " Reis	1020 " Zucker
900 " Bohnen	318 " Salz
900 " Erbsen	315 " Kaffee
1500 " Weizenmehl	63 " Tee
600 " Backpflaumen	0,33 Liter Essig

als der dreijährigen Wochenration eines deutschen Seesoldaten, un:

21,7 Proz. für Ostpreußen	20,3 Proz. für Hessen-Nassau
19,3 " " Westpreußen	23,4 " " Rheinland
29,9 " " Berlin	20,5 " " Bayern
32,8 " " Brandenburg	18,6 " " Sachsen (Königreich)
19,2 " " Pommern	" " " Württemberg
30,5 " " Posen	30,2 " " Baden
24,6 " " Schlesien	28,1 " " Westfalen
31,0 " " Sachsen (Prov.)	28,4 " " Hessen
28,7 " " Schleswig-Holst.	31,6 " " Thür. Staat.
30,4 " " Hannover	29,2 " " Anhalt
28,2 " " Westfalen	

Zwar lebt der Mensch nicht nur nach der Bibel nicht vom Brot allein, sondern auch nach allen andern Weltanschauungen sind zu einem geordneten Leben nach heutigen Durchschnittsverhältnissen noch viele andre Sachen nötig als nur es und trinkbare Lebensmittel. Nach Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes, die aus längeren Aufzeichnungen mehrerer Haushaltungen mit einem Einkommen von durchschnittlich 1600 Mt. pro Jahr resultieren, sind in Prozenten des Gesamteinkommens für Nahrung 52,8, für Kleidung 10,5, für Wohnung 17,6, für Heizung und Beleuchtung 4,7 und für Sonstiges 14,5 unentbehrlich. Sehen wir nun einmal diesen Aufzeichnungen die Reichsindexziffer im Durchschnitt für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres mit 25,41 Mt. gegenüber und halten wir fest, daß in dieser Summe nur die Preise für Lebensmittel für eine dreifache Seesoldatenwochenration enthalten ist, so müßte eine vierköpfige Arbeiterfamilie, wenn sie nicht schlechter leben würde als ein Seesoldat, über ein Einkommen von wöchentlich mindestens 48 Mt. verfügen können, was einem Jahreseinkommen von rund 2500 Mt. entsprechen würde. Von 1600 Mt. Jahreseinkommen aber blieben der Familie nach Deckung des Nahrungsbedarfs nur noch 280 Mt. für alle andern Lebensbedürfnisse, wie Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie „Sonstiges“ übrig. Nach den obigen Prozentberechnungen des Reichsstatistischen Amtes hätte die gleiche Familie für Kleidung im ganzen Jahre nur noch 61,76 Mt., für Wohnung nur 104,38 Mt., für Heizung und Beleuchtung nur 27,87 Mt. und für „Sonstiges“ nur 85,99 Mt. zur Verfügung. Unter „Sonstiges“ sind Steuern, Schulgeld, Versicherungsbeiträge usw. usw. zu verstehen. Daß diese Beträge zur Deckung der angegebenen Posten in keiner Weise ausreichen, brauchen wir nicht näher zu begründen. Besonders die Posten für Kleidung und Wohnung dürften um mehr als das Doppelte auf Kosten der Nahrung zu erhöhen sein. Damit kommen wir aber ohne weiteres wieder auf den Prozentsatz für Nahrung nach der Reichsstatistik mit 52,8 Proz. oder 845 Mt.

Für die Buchdrucker stellte sich für das Jahr 1910 nach der Statistik der Berufsgenossenschaft das durchschnittliche Jahreseinkommen für die Handarbeiter auf 1500, für die Drucker auf 1555 und für die Maschinenfeger auf 1910 Mt. Die beiden ersten Gruppen, die zusammen etwa neun Zehntel aller Buchdruckergehilfen umfassen, müssen demnach gegenwärtig ihre Lebenshaltung, soweit Nahrungsmittel in Betracht kommen, selbst wenn wir mit Rücksicht auf den neuen Tarif durchweg einen zehnprozentigen Zuschlag auf das Durchschnittseinkommen rechnen, mit 504 bzw. 533 Mt. weniger jährlich bestreiten, als die Indexziffer für das erste Halbjahr 1912 erfordert. Oder mit andern Worten: Ein Handfeger oder Drucker mit einem Einkommen von durchschnittlich 1650 Mt. kann nach den Prozentätzen der Reichsstatistik für Nahrung nur 872 Mt. statt der erforderlichen 1225 Mt. laut Reichsindexziffer für Juli 1912 und für Wohnung nur 290 Mt., für Kleidung 173 Mt. (Schuhe, Kleider, Wäsche usw.), für Heizung und Beleuchtung 77,50 Mt. und für „Sonstiges“ nur 241,25 Mt. im Jahr ausgeben.

Soweit die übrige Arbeiterschaft in Frage kommt, fehlen uns maßgebende neuere Angaben über die Einkommensverhältnisse. Wenn wir aber z. B. die Ergebnisse

der preussischen Einkommensteuerstatistik vom Jahre 1904 zu Rate ziehen, erhalten wir folgendes Bild: Es gab in Preußen im Jahre 1904 mindestens 6 Millionen Erwerbstätige, die ein Einkommen von weniger als 900 Mark jährlich und 2954851, die nur ein solches von 900 bis 1500 Mt. hatten. Das Durchschnittseinkommen der letzteren wurde mit 1118 Mt. berechnet. Die nächste Stufe der Steuerpflichtigen umfaßte 934320 Personen mit einem Jahreseinkommen von 1500 bis 3000 Mt. oder durchschnittlich 2040 Mt. Von 4130956 Steuerpflichtigen fielen demnach drei Fünftel auf die Einkommensstufe unter 1500 Mt. Ihnen fehlt von vornherein jede Möglichkeit, sich nach dem Speisezeitel eines deutschen Seesoldaten zu ernähren. Und mit wenig Unterschied dürfte dies auch für alle übrigen Landesteile des Deutschen Reichs zutreffen. Mit Recht darf man daher von einer bedenklichen Unterernährung der deutschen Arbeiterschaft sprechen. Sie ist nach unsern bisherigen Darlegungen durchschnittlich um 35—40 Proz. minderwertiger als die eines deutschen Seesoldaten.

Die Wissenschaft fordert für den erwachsenen gesunden Menschen, der täglich 9—10 Stunden körperliche Arbeit leistet, eine Einzelmessung von 100 Gramm pro Tag, und zwar soll davon etwas über ein Drittel Fleischgewiß sein. Das Kaiserliche Gesundheitsamt fordert sogar 150 Gramm. Verstanden wird darunter mageres Rindfleisch mit einem Eiweißgehalte von 20,5 Proz. Der Jahresbedarf stellt sich demnach für einen normalen Menschen auf 55—60 Kilogramm. Nun belief sich aber in den Jahren 1905—1907 nach Henriette Fürth der Fleischverbrauch in Deutschland pro Kopf nur auf 49 bis 50 Kilogramm, im Jahre 1908 nur 40,4, in 1909 nur 40,2 und in 1910 sogar nur 39,7 Kilogramm. In England dagegen entfielen im Jahre 1910 auf den Kopf der Bevölkerung 56 Kilogramm Fleischverbrauch. Ferner überwiegt in England das hochwertige Rindfleisch, während bei uns diese Stelle das Schweinefleisch einnimmt, dessen Nährwert bedeutend geringer ist. Nun muß man aber annehmen, daß der wirkliche Fleischverbrauch bei der arbeitenden Bevölkerung sehr viel niedriger ist. Auch hierfür finden wir in der Statistik Anhaltspunkte. Vom Reiche wie auch von verschiedenen Gewerkschaften sind Wirtschaftsrechnungen von Arbeiterfamilien veröffentlicht worden. In der vom Deutschen Metallarbeiterverband bearbeiteten Erhebung, die 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern aus dem Jahre 1907 — also noch vor der letzten Teuerungperiode, die eine Steigerung der Lebensmittel um etwa 20 Proz. brachte — umfaßt, kommen auf den Kopf der betreffenden Familie im Jahre 25,108 Kilogramm Fleisch. Nach der amtlichen Erhebung auf den Kopf der Arbeiterfamilie sogar nur 21,2 Kilogramm. Und wohl gemerkt handelt es sich hier noch immer um besser bezahlte, gelernte Arbeiter. Aber da auch alle andern Lebensmittel in Deutschland „bank“ der „agrarischen“ Wucherzölle enorm gestiegen sind, und zwar viel mehr tief im Innlande, zum Beispiel England — wo in London im Oktober vorigen Jahres das Kilogramm Roggenbrot im Kleinhandel 15 Pf. (nach unserm Geld umgerechnet), in Berlin 29 Pf., und das Kilogramm Weizenbrot 19 Pf. (London), in Berlin 40 Pf. kostete — so mußte sich die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung noch verschlechtern.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Frankfurt a. D. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 24. August (Sonnabend) unternahmen unsere Mitglieder eine Exkursion nach Berlin. Leider war die Beteiligung nur gering. Auf dem Bahnhof Alexanderplatz von Vorstandsmitgliedern des Berliner Maschinenmeistervereins empfangen, ging es zur Druckerei der „Nationalzeitung“, wo der Rotationsbetrieb für Zeitung und Vierfarbendruckerei in Augenschein genommen wurde. Daran schloß sich eine Besichtigung des Flachdrucksaals, wo auch noch einige Maschinen mit Illustrationsformen liefen. Sodann trafen die Frankfurter Kollegen im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße, mit den Neudammer Kollegen zusammen, die erst spät abends in Berlin angekommen waren. Seitens des Berliner Vereins wurden alle mit einem kleinen Imbiss bewirtet. Nach dieser Stärkung ging es gegen Mitternacht zur „Vorwärts“-Druckerei. Dort kam man gerade recht, um sämtliche Rotationen verschiedener Systeme und Größen, für Zeitung und Illustration, im vollen Betriebe zu sehen. Erst in vorgerückter Stunde trennten sich die Kollegen, teils um die verunkümmte Nachtruhe nachzugehen, teils um sich „Berlin bei Nacht“ anzusehen. Am Sonntag früh trafen sich fast alle Teilnehmer wieder, um nach Wannsee zu fahren. Dort wohnten sie einer Versammlung des Potsdamer Maschinenmeistervereins als Gäste bei. Nach Schluß der Versammlung ging es zu Fuß nach Potsdam, wo auf „Wadernmanns Höhe“ noch manches Glas im gemütlichen Beisammensein geleert wurde. Es waren schöne Stunden, die wir verlebten. Den Berliner Kollegen sagen wir für die freundliche Aufnahme sowie den Geschäftsleitungen der genannten Druckereien hiermit unsern verbindlichsten Dank.

Jena. (Vierteljahrsbericht.) Sämtliche neuangelernte Kollegen von diesem Jahre wurden in den Verband aufgenommen und vom Vorsitzenden auf die Wichtigkeit, sich nun als wahre Verbandsmitglieder zu benehmen, aufmerksam gemacht. Unser Johannisfest feierten wir am 6. und 7. Juli in hergebrachter Weise durch eine Abendunterhaltung und Ball am Sonnabend und durch

ein Gartenfest am Sonntag. Es waren wieder recht angenehme Stunden. Unser verbindlicher Dank sei hierbei auch Herrn Kämpfe für die entgegenkommende Herstellung der Johannisfestkarte ausgedrückt. — Ein von bestem Wetter begünstigtes Marktfest am 27. Juli war die erste Veranstaltung zu Ehren des Besuchs des Leipziger „Gutenbergs“, dem sich am Sonntag darauf ein größerer Spaziergang über die Horizonte nach dem weltbekanntem Bierdorf Ziegenhain mit nachfolgender Erhebung des Hausbergs und Raft auf dem Fuchsturm angeschlossen. Gar mancher vergessener Schweitztropfen mußte wieder erjert werden durch das trefflich mundebeleuchtende Licht. Nach dem Absteige wurden noch einige Sebenswürdigkeiten der Stadt beaugenscheinigt. Der Nachmittag vereinigte die fahrenden Sänger und die einheimischen Kollegen auf der „Schweizerhöhe“, und den Abchiedstrahl nahm man bei strömendem Gewitterregen in den Lokalitäten des Hotels „Zur Sonne“ ein. Wie uns Jenseitigen, so mögen auch den Leipziger Kollegen diese Tage eine bleibende Erinnerung echter Kollegialität sein. — Die Monatsversammlung vom 24. August brachte uns einen Vortrag des Kollegen Schiller über: „Gewerbliche Fortbildung der Kollegen“. An der Hand eines reichhaltigen Materials boten die Ausführungen des Redners so Mannigfaltiges und Beherzigenswertes, daß es nur schade war, daß nur etwa ein starkes Drittel der Mitglieder diese Notwendigkeiten anhörte. — Am Sonntag, 1. September, fand die Ausstellung der Johannisfestdruckerei statt.

Leipzig. Die Angelegenheit der Stereotypen und Galvanoplastiken in der Schriftgießerei C. F. Mühl ist zur Zufriedenheit der Gehilfen erledigt. Für Lohn, überstundenbezahlung, Arbeitszeit und Bekleidungskosten ist der Buchdrucker tarif maßgebend. Die Differenz zwischen der schon gewährten Zulagen und der tarifmäßigen Lohn-erhöhung ist den in Betracht kommenden zwei Gehilfen auf ein Vierteljahr nachbezahlt worden.

G. Mannheim. Trotz aller Mahnungen hatte unsere letzte Mitgliederversammlung am 31. August ebenfalls wieder einen schlechten Besuch aufzuweisen. Es wäre doch wahrlich an der Zeit, daß unsere Kollegen mehr Interesse am gewerkschaftlichen Leben betätigten. Unre „Alten“ fehlen in den Versammlungen fast gänzlich, was sehr bedauerlich ist. Obwohl die Tagesordnung unserer letzten Versammlung kein „Schlager“ war, so sind die Kollegen doch auf ihre Rechnung gekommen. In den Verband aufgenommen wurden zwei Kollegen. Bei „Geschäftliche Mitteilungen“ wurde die Dechargeerteilung für unsern Kassierer nachgeholt. Kollege Lauffer machte wiederholt die Kollegen, welche auswärts Stellung annehmen, auf die Pflicht vorzüglicher Erundung aufmerksam, andernfalls sie bei allen Evidenzverhältnissen die Konsequenzen zu tragen hätten. Im Gegensatz zu andern Städten à la Heidelberg kann konstatiert werden, daß hier keine Fernverflechtungen oder „Entziehungen“ stattgefunden haben. Den Jahresbericht der Bibliothek pro 1911/12 erstattete Bibliothekar Frank. Er bewachte, daß nur ein kleiner Teil von Kollegen die Bibliothek frequentieren. Auch ihm wurde die beantragte Decharge erteilt. Hervorgehoben sei noch, daß eine Anzahl Kollegen sowie Herr Redakteur Petri die Bibliothek durch Besuche von Büchern bereicherten. Ihnen gebührt auch an dieser Stelle der herzlichste Dank. Den Bericht von der letzten Generalversammlung der Ortskrankenkasse Mannheim I erstattete unser Vorsitzender Lauffer in ausführlicher Weise. Erwähnenswert ist der Beschluß betreffs Errichtung eines eignen Gewerkschaftsheim in der nächsten Umgebung. Die Diskussion über diesen Bericht war eine sehr lebhafteste und anregende und für manchen Kollegen von großem Interesse.

Potsdam. Am 25. August fand in Wannsee eine kombinierte Maschinenmeisterversammlung statt. Hieran nahmen teil die Vereine Berlin, Potsdam-Neuhabelsberg sowie einige Druckerkollegen aus Frankfurt a. D. und Neudamm. Als Gast war der Vorstand vom Bezirke Potsdam erschienen. Im Namen des Vereins Potsdam-Neuhabelsberg hieß der Vorsitzende die Kollegen herzlich willkommen. Er hoffte, daß die Anregungen, die in dieser Versammlung gegeben würden, zu unserm Besten dienen werden. Der Obmann der Zentralkommission, Kollege Hüf, hielt einen Vortrag über die Aufgaben unserer Sparte in der laufenden Tarifperiode. In eineinviertelstündiger Rede führte er aus, daß wir tüchtig zu arbeiten und zu agitieren hätten, um alle Druckerkollegen für unsere Vereinigungen zu gewinnen und tüchtige Mitglieder aus ihnen zu machen. In der regen Diskussion ergab sich, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Redners einverstanden war. Es wurde gewünscht, solche Versammlungen öfters zu veranstalten, um dadurch die Kollegialität zu pflegen. In einem Schlusswort ermahnte der Redner die Kollegen zu reger Tätigkeit; nicht nur die Vorstände der Vereine, sondern jedes einzelne Mitglied müsse mit seinem besten Können und Wissen an der Vereinsarbeit teilnehmen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf Verband und Sparte. Nun begann die Mittagstafel, worauf um 2 Uhr nach Potsdam aufgebroschen wurde, um im Restaurant „Wadernmanns Höhe“ noch einige Stunden der Gemütlichkeit zu pflegen. Hier waren auch die Damen der Potsdamer Kollegen erschienen. Der Gesangverein „Gutenberg“ von Potsdam-Neuhabelsberg trug durch einige Lieder viel zur Unterhaltung bei. So verging die Zeit bei Gesang und Tanz in voller Harmonie. Dem Gesangverein „Gutenberg“ sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

(Hierzu eine Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 7. September 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer

Nr. 104.

Rundschau.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Das Interesse für diese erste große internationale Fachausstellung ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen übrigen Kulturstaaten schon sehr lebhaft. In nächster Zeit ist die Bildung weiterer Landeskomitees zu erwarten, nachdem solche bereits in Österreich und Frankreich erfolgreich wirken. Viele direkte Zuschriften aus Interessentenkreisen des Auslandes beweisen, daß eine großartige Beteiligung des Auslandes zu hoffen ist. So z. B. hat erst kürzlich wiederum die Schweizerische Handelskammer in Basel öffentlich auf die Ausstellung aufmerksam gemacht und in der folgenden anerkennenden Form zur Beteiligung an der Ausstellung eingeladen: „Aus der Hochflut von Ausstellungsankündigungen der letzten Zeit scheint sich sich als etwas ganz Gebiegenes die für den Sommer 1914 zum 150jährigen Bestehen der Kgl. sächsischen Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig vom Deutschen Buchgewerbevereine geplante Fachausstellung abheben zu sollen. Sie steht unter dem Protektorate des Königs, und Namen von bestem Klang, vorab natürlich aus Deutschland, aber auch aus allen Nachbarländern und Italien, bilden den Ehrenausschuß. Die Schweiz ist darin vertreten durch den Präsidenten der Schweizerischen Zentralstelle für das Ausstellungswesen, Nationalrat Dr. Alfred Frey. Bedeutende Summen werden vom Königreiche Sachsen und von der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt, und auch die Reichsregierung wird nicht zurückbleiben. Dem Gehalte der Ausstellung steht das heute vorliegende Programm die denkbar weitesten Grenzen, von der Papierindustrie, dem Maschinenbau und der Farbchemie durch alle Stadien der verschiedensten Vervielfältigungsverfahren, einschließend der Photographie, bis zum Buchhandel in allen seinen Spielarten, dem Bibliothekswesen, der Journalistik und der typographischen Sozialpolitik. Die 16 Hauptgruppen sind in etwa 83 Klassen gegliedert. Jede Gruppe soll durch eine wirtschafts- und kulturgeschichtlich und eine technisch-belehrende Abteilung „eingeleitet“ werden. Die Ausstellungsobjekte sollen in weitem Ausmaße sofort verkäuflich sein. Die altrenommierte Stadt der großen Handelsmessen garantiert die muster-gültige Durchführung des Planes.“ In der nächsten Zeit werden auch in verschiedenen Großstädten europäischer Länder große Interessentensammlungen stattfinden, in denen über Umfang und Bedeutung, Zweck und Ziel der Ausstellung Vortrag gehalten werden wird. Es steht zu erwarten, daß viele Staaten in einem eignen Pavillon ihre Erzeugnisse zur Schau bringen, während andre in Form geschlossener Abteilungen auftreten werden, und es darf schon heute gesagt werden, daß den Besuchern der Ausstellung im Jahre 1914, namentlich denjenigen aus Frankreich, eine ganz vorzügliche und großartig organisierte Schaustellung aus dem gesamten Gebiete der graphischen Kunst und Industrie gezeigt werden wird.

Gesellenprüfung. Vor der Bromberger Handwerkskammer legten drei Neuausselernende die Gesellenprüfung ab, und zwar einer aus Schubin und zwei aus Bromberg. Zwei erhielten die Note „Gut“ und einer „Genügend“.

Zur katholischen Feiertagsfrage in Süddeutschland. Nach einem Berichte der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ sollen die Bischöfe von Baden, Bayern und Württemberg im Einverständnis mit dem Papst über die Feiertagsfrage folgende Vereinbarung getroffen haben: Maria Lichtmess (2. Februar) wird auf den ersten Sonntag im Februar, der Josephstag (19. März) auf den dritten Sonntag nach Ostern, Maria Verkündigung (25. März) fällt ganz weg und Maria Geburt (8. September) wird auf den Sonntag nach diesem Tage verlegt. Vielen Arbeitern, die an diesen Tagen bisher feieren mußten und dieserhalb mit Lohnausfall zu rechnen hatten, wird diese Veränderung nicht unwillkommen sein, während andre wieder, die keinen Lohnabzug für diese Feiertage zu gewärtigen brauchten, weniger von diesen Maßnahmen der Kirchenbehörden erfreut sein werden. Für die Unternehmer dagegen ist diese Vereinbarung durchweg vorteilhaft.

Willkürliche Hemmung der Leistungsfähigkeit durch die Unternehmer. Als dritte Folge der in Nr. 99 begonnenen und in den Nrn. 100 und 102 fortgeführten Beweisführung für die terroristische Abwehr der Unternehmerorganisationen gegen Arbeitswillige und Unorganisierte in ihren Kreisen, mag folgende Zusammenstellung dienen: Viele Unternehmerverbände geben sich nicht einmal mit dem Versuch an ihre Organisation aufzulösen, sie schreiben sogar ihren Arbeitern vor, daß sie nur bei gewissen Syndikaten kaufen dürfen, sofern sie Anspruch auf Vorzugsbedingungen haben wollen. Für den Fall, daß bei Unorganisierten (Kaufleuten) gekauft wird, tritt eine hohe Konventionalsstrafe, eventuell sogar völlige Lieferungsperre ein. Umgekehrt werden den ausschließlichen Syndikatskunden „Treuerabatte“ verschieden

Art gemährt. Auf diese Weise werden auch an den Organisationsstreitigkeiten unbeteiligte Dritte indirekt zu einem Druck auf die Kaufleute gezwungen. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat bindet seine Kunden bei einer Konventionalsstrafe von 5 Mk. für je 140 Hektoliter Kohle und eine Tonne Koks, „weber Britetts noch Raupreßsteine, noch Braunkohle ausstehender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt deren Absatz weder mittelbar noch unmittelbar zu fördern.“ Die Vereinigung deutscher Gaswerke verpflichtet ihre weiterverkauften Abnehmer, keinen Koks von nichtsynthetisierten Gaswerten abzugeben. Das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat begünstigt die Mitglieder des Bauunternehmerverbandes, die sich zum ausschließlichen Bezuge vom Syndikats verpflichtet, mit Anrechnung von 10 Mk. Frachtnachschuß pro Wagon. Ähnliche Vorzugsbestimmungen enthalten die Lieferungsverträge des Druckpapier Syndikats, der Konvention photographischer Reproduktionsanstalten, des Verbandes der Seidenfärbereien zu Krefeld usw. Auf diese Weise arbeitet ein Kartell dem andern in die Hände. Die organisationsunlustigen Fachgenossen werden förmlich in eine Zwangslage genommen, bis sie sich, um den fortgesetzten systematischen Geschäftsschädigungen zu entgehen, dem Kartell anschließen. Zu den gegen die „arbeitswilligen“ Fachgenossen seitens der kapitalistischen Kartelle ausgeübten Zwangsmitteln gehören auch die Ausführungsvergütungen, die praktisch eine Prämiiierung der kartellierten Unternehmen bedeuten. Die 1902 in Düsseldorf eingesetzte Abrechnungsstelle für die Ausführung von Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem Rheinisch-Westfälischen Stahlwerksverband und dem Trägerverband organisiert. Seit 1905 deckt sich ihre Geschäftsleitung mit der des Stahlwerksverbandes. Die Abrechnungsstelle zahlt grundsätzlich nur synthetisierten Werken Ausführungsvergütungen, kann aber solche auch „für alles bei dem Kohlensyndikat und Stahlwerksverband unmittelbar gekauft und von diesem bezogene Material gewähren, soweit dasselbe zu ausgeführten Erzeugnissen Verwendung gefunden hat, welche zu einem billigeren als den auf dem inländischen Markte herrschenden Preis aus dem Ausland verkauft worden sind.“ Somit prämiieren die großen Kohlen- und Stahlwerksyndikats die Versorgung des Auslandes mit billigen deutschen Produkten, führen damit das „Schutzgollsystem“ ad absurdum und verfügen darin über ein vorzügliches Organisationszwangsmittel. Wenn auch die Prämienzahlung an nichtsynthetisierte Exporteure vorgesehen ist, so läuft sie in der Praxis doch auf eine gegenseitige Unterfütterung der syndikatisierten Kohlen- und Stahlwerkszeuger und der kartellierten Weiterverarbeiter hinaus. Ein nicht prämiierter Exporteur kann dann eben nur noch mit Verlust in das von seinen Konkurrenten belegte Ausland ausführen.

Christliche Furcht vor den gelben Geistern. Der Ausschuß des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands hat durch seinen Vorsitzenden, den Pfarrer Lic. Weber (M. Glabbauch), eine Erklärung an den „Förderungs-ausschuß für vaterländische Arbeitervereine“ gerichtet, in der er versichert, daß die evangelischen Arbeitervereine seit 30 Jahren gegen die Sozialdemokratie, die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, kämpfe und dafür stets Anerkennung der höchsten Reichs- und Staatsbehörden empfangen habe. Mit den Kirch- und Schulbehörden vertrage man sich; ein solches Band binde die evangelischen mit den vaterländischen Vereinen aber nicht. Man sei bereit, sich schiedlich-friedlich zu vertragen, dann dürften aber in Orten, wo evangelische Arbeitervereine bestünden, nicht noch vaterländische Vereine gegründet werden. Undant ist der Welt Lohn! Da hat der Herr Pfarrer sich 30 Jahre lang im Schweiße seines Angesichts bemüht, mit seinen getreuen evangelischen Arbeitervereinerln, die furchtbare und noch immer wachsende Gefahr, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen, hat seine Truppen bei den Wahlen zu den verschiedensten Körperschaften mit ins Feld geführt, hat sie von den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften und noch mehr vor der Beteiligung an Streiks gewarnt, und nun kommen die Gelben, die noch vaterländischer sein wollen wie die Weber-Deute, und brechen in deren Wege ein. Am schmerzlichsten aber mag den Pfarrer die Erkenntnis berühren, daß es gerade seine ehemaligen Gönner, die Eisenindustriellen, sind, die die „vaterländischen“ Werkereine gründen und protegieren, womit den evangelischen Arbeitervereinen eine tödliche Konkurrenz gemacht wird. Auch die Unternehmer wollen Kares Feld haben, auch sie wollen keine verschmommenen Halbheiten. Sie verlangen Abschaffung von Streikrecht. Damit werden die evangelischen wie die katholischen wie die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften sich abfinden müssen. Das Ende vom Liede wird schließlich sein, daß sie allesamt in der einen oder andern Form in den gelben Werkereinen aufgehen, da sie auf die Dauer ihre Mitglieder gegenüber dem Drucke der Schmarfacher und gegenüber der Unterstützungskonkurrenz der Werkereine nicht halten können.

Völlige Sonntagsruhe. Eine Abstimmung in Braunschweig über die Einführung völliger Sonntagsruhe ergab bei 2085 abstimmanden Firmeninhabern 1465 für die Einführung der völligen Sonntagsruhe und nur 78 für die reichsgesetzliche Regelung. Es ist also eine bedeutende Mehrheit für völlige Sonntagsruhe vorhanden.

Briefmarkenhefte ohne Anzeigen. Der Postfiskus hat seine kleinsten „Annoncenplantagen“ wieder abgeschrieben, denn die neue Ausgabe der Markenhefte enthält weder auf den freien Markenfeldern noch auf den Durchschußblättern Netzen. Das Publikum — mit Ausnahme derjenigen, die die kleinen, briefmarkenähnlichen Anzeigen zu allerlei Unfug benutzen und an allen passenden und unpassenden Stellen aufkleben — wird darüber kaum betrübt sein. Dagegen werden die bisher abgedruckten Tarife und postähnlichen Mitteilungen eher vermehrt werden; wenigstens sollte die Postverwaltung doch den Umschlag zum Ausdruck allgemein interessierender postähnlicher Verordnungen benutzen.

Gewerkschaftsnachrichten. Der Zustand in den Berliner Buchdruckmaschinenfabriken ist noch nicht zum Abschluß gekommen. — In Uckermarken und Umgebung sind die Papierwarenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Buchbinderverband hat die Leitung der Bewegung übernommen und den Unternehmern einen Tarifentwurf vorgelegt. Die Hauptfirmen Westphorn, Gerson sowie Hopf & Unger haben schon Maßregelungen vorgenommen. — Die Kartonnagenarbeiter in Hainichen haben gekündigt, weil ihnen eine schon bewilligte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wieder entzogen werden soll. — In Witten am Deister streiken seit Ende August sämtliche Glasarbeiter wegen Differenzen über die Bezahlung von Feiertagslohn. — Stellenangebote der Papierfabrik Pilz in Niederhirschmiedeberg sind mit Vorzicht aufzunehmen, da die Fabrikleitung Arbeitswillige sucht. — In Leipzig haben 104 Vertrauensmänner der Gemeindefabrikarbeiter wegen Maßregelung eines Vertrauensmanns ihre Arbeit niedergelegt. — In Heilbronn sind die Arbeiter der Buchdruckfabrik in den Ausstand getreten, nachdem ihre Forderungen auf Lohnerhöhung nicht mit Erfolg gelehrt, sondern ihnen noch Verschlechterungen zugewendet wurden.

Verschiedene Eingänge.

„NBO.“ Praktischer Führer durch die Reichsversicherungsbildung für alle Versicherten. Neue, völlig ungearbeitete und mit Musterformularen versehene Ausgabe. Verfaßt von den Arbeitersekretären Gildenberg und Klees in Halle a. S. sowie Wissing und Undeusch in Magdeburg. Preis 75 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme“ in Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

„Statistik.“ Aufgaben, Methoden und Resultate der Statistik. Ein kurzer Abriss für Arbeiter von Adolf Braun. Preis 70 Pf. Zu beziehen durch den Verlag von Robert Dornberger in Wien V, Rechte Wienzeile 97.

„Sozialistische Monatshefte.“ Erscheinen alle vierzehn Tage. Heft 16. 1912. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

Gestorben.

In Berlin am 12. August der Faktor Eugen Mohler aus Leipzig, 49 Jahre alt — Nierenleiden; am 15. August der Drucker Hermann Gogel aus Breslau, 62 Jahre alt — Schlaganfall; am 21. August der Drucker Paul Schirmer von dort, 30 Jahre alt — Wasserlucht; am 23. August der Seher Otto Scheel aus Breslau, 39 Jahre alt — Nierenentzündung; am 25. August der Seherinvalide Fritz Wahr von dort, 48 Jahre alt — Lungenleiden.

In Brixen (Südtirol) am 1. September der Buchdruckermeister Ritter v. Mörk.

In Erding am 29. August der Buchdruckerbesitzer Justizrat Gustav Stroh.

In Gera am 31. August der Buchdrucker Karl Heinrich Hein, 83 Jahre alt — Herzschwäche.

In Hamburg am 1. September der Seher Theodor Kähler von dort, 63 Jahre alt — Darmverfälschung.

In Heidelberg am 26. August der Buchdrucker Karl Peters aus Gemeln, 18 Jahre alt — Typhus.

In Rattow am 30. August der Seher Marg Klingenberg von dort, 34 Jahre alt — Schwindel.

In Rön in am 29. August der Drucker Ludwig Kuchelberg von dort, 37 Jahre alt.

In Lades am 21. August der Buchdruckerbesitzer Adolf Straube, 78 Jahre alt.

In Leipzig am 31. August der Seher Oskar Eils aus Sellauf, 30 Jahre alt — Venenverletzung; am 1. September der Seher Max Heider aus Wittenstedt, 29 Jahre alt — Kopfrose.

In Ludwigshafen am 25. August der Hofbuchdruckerbesitzer August Lauterborn, 72 Jahre alt.

